UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Samstag war ein historischer Tag für den bayerischen Sport: Der Deutsche Olympische Sportbund wird sich mit München als Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044 bewerben. Die bayerische Landeshauptstadt hat sich damit im nationalen Wettbewerb gegen Köln-Rhein-Ruhr durchgesetzt, nachdem Berlin bereits am Donnerstag seine Bewerbung zurückgezogen hatte – wohl auch wegen der Turbulenzen nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und einem Mangel an politischer Unterstützung.

Dies zeigt erneut die Bedeutung einer stabilen Regierung der bürgerlichen Mitte, wie wir FREIE WÄHLER im Landtag sie ermöglichen. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass Olympia nach 1972 erneut nach München zurückkehren kann. Deshalb freuen wir uns, dass sich unsere Bewerbung bei der Abstimmung der olympischen Spitzenverbände Deutschlands in Baden-Baden gegen die Konkurrenz aus Nordrhein-Westfalen durchsetzen konnte.

Unser Mix aus nachhaltigen, modernen Sportstätten, der langjährigen Erfahrung der Landeshauptstadt als Gastgeber großer Sportevents sowie der Strahlkraft Bayerns und seiner Kultur in der Welt stimmen uns zuversichtlich, dass wir auch den finalen Schritt erfolgreich gehen und im internationalen Wettbewerb das Internationale Olympische Komitee von unserer Kandidatur überzeugen können.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter

Dr. Martin Brunnhuber

UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:
UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG ZUR NEUAUSRICHTUNG DES FINANZKRAFTAUSGLEICHS

SEITE 3:
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WOHLSTAND IN BAYERN NACHHALTIG STÄRKEN!

SEITE 5:
UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Wachsende Schieflage im Länderfinanzausgleich: Solidarität darf nicht zur falsch verstandenen Dauersubvention werden

Die Schieflage im Länderfinanzausgleich wächst: Allein im Jahr 2025 überwies Bayern 11,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer – das entspricht rund 60 Prozent des Gesamtvolumens. Mit einem Dringlichkeitsantrag zum ersten Plenum nach der Sommerpause fordern wir als FREIE WÄHLER-Fraktion deshalb eine grundlegende Neuausrichtung und finanzielle Entlastung des Freistaats.

Seit Einführung des Systems hat Bayern circa 140 Milliarden Euro beigesteuert, davon etwa 57 Milliarden Euro seit Inkrafttreten der veränderten Methodik im Jahr 2020 – das kann und darf so nicht weitergehen. Mit unserem Antrag stellen wir unmissverständlich klar, dass die derzeit laufende Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein wichtiges Anliegen zur Wahrung der Interessen Bayerns adressiert.

Dass der Bund die Geberländer über das vor Kurzem in Kraft getretene Länder- und Kommunalentlastungsgesetz von 2026 bis 2029 um insgesamt 400 Millionen Euro pro Jahr entlastet, ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der astronomischen Dimensionen im Finanzkraftausgleich reicht das jedoch bei Weitem nicht aus. Der Sinn des Ausgleichssystems liegt zwar in der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Wenn ein Nehmerland diese Unterstützung allerdings langfristig nicht in zusätzliche Standortqualität und Wirtschaftskraft umwandelt, droht aus dem Solidarpakt eine falsch verstandene Dauersubvention mit negativen Anreizwirkungen zu werden.

Dies gilt umso mehr, wenn die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien aufseiten der Regierungen bestimmter Nehmerländer potenziell in Frage gestellt werden kann. Wir müssen uns daher auch politischen Fragen nach einer Anpassung des Hauptstadtfinanzierungsvertrags sowie nach konkreten Handlungsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit stellen.

Mehr dazu **HIER**.

Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand: Bayern ist Vorreiter – jetzt brauchen wir eine nachhaltige Stärkung des Standorts!

Bayern ist das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands. Doch während unsere starke Industrie, der leistungsfähige Mittelstand, das tatkräftige Handwerk und innovationsstarke Start-ups Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze sichern, steht der gesamte Wirtschaftsstandort Deutschland unter massivem Druck. Hohe Energiepreise, überbordende Steuern und Abgaben, lähmende Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren, Arbeitskräftemangel und wachsende Investitionsunsicherheit belasten Unternehmen in allen Regionen. Bayern allein kann diese strukturellen Fehlentwicklungen nicht ausgleichen – es braucht jetzt entschlossene Weichenstellungen auf Bundes- und EU-Ebene. Wir müssen weg von Überregulierung und Belastungen hin zu Wachstum, Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Die steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen darf höchstens 25 Prozent betragen – das ist eine Frage der Standortgerechtigkeit. Zudem muss der Solidaritätszuschlag endlich abgeschafft und die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Auch für Bürgerinnen und Bürger braucht es Entlastung: Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen. Deshalb fordern wir eine Senkung der Einkommensteuer und eine Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge auf perspektivisch höchstens 40 Prozent.

Bürokratie erstickt Innovation und Investitionen. Wir brauchen weniger Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten – nach bayerischem Vorbild. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und praxisfremde Regelungen gestrichen werden. Besonders im Fokus: die Abschaffung von Verbandsklagemöglichkeiten gegen gemeinwohldienende Infrastrukturprojekte und die Umsetzung von EU-Richtlinien ohne „Goldplating“ – also dem Übererfüllen von Anforderungen an die nationale Gesetzgebung.

Eine technologieoffene Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz vereinen. Netzausbau, Erneuerbare Energien und Speicher müssen schneller und besser koordiniert werden. Vor allem energieintensive Industrien bräuchten verlässliche, international wettbewerbsfähige Energiepreise.

Mehr **HIER**.

Unser Masterplan für bessere Schulen: Bayern reformiert die Lehrkräftebildung

Wir FREIE WÄHLER im Landtag begrüßen den vergangene Woche von Kultusministerin Anna Stolz und Wissenschaftsminister Markus Blume gemeinsam vorgestellten Masterplan Lehrkräftebildung. Das umfassende Reformpaket setzt auf eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis, eine gezielte Qualitätssteigerung der Ausbildungsstruktur und mehr Unterstützung für angehende Lehrkräfte. Herzstück des Masterplans ist die Einführung eines „Praxisjahrs intensiv“: Schulpraktika werden zu einem zusammenhängenden Praxisjahr gebündelt, auf insgesamt 300 Stunden ausgeweitet – ein Plus von rund 50 Prozent – und durch deutlich mehr Unterrichtsversuche sowie kleinere Praktikumsgruppen inhaltlich vertieft.

Begleitet wird das Praxisjahr durch wissenschaftsgeleitete Reflexionsmodule an den Universitäten sowie eine engere Kooperation mit den aufnehmenden Schulen. Darüber hinaus erprobt Bayern als erstes Bundesland das innovative Konzept der Core Practices: In Modellversuchen an ausgewählten Hochschulstandorten rücken wissenschaftlich belegte Kernkompetenzen des Lehrens in den Mittelpunkt des Studiums. Ergänzt wird das Paket durch einen neuen praxisorientierten Profilbereich, mehr Fachdidaktik, verbindliche Module zu Inklusion, Demokratiebildung und digitaler Bildung sowie eine Fortbildungsoffensive für Seminar- und Praktikumslehrkräfte.

Denn Lehrkräfte tragen maßgeblichen Anteil am Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler. Der Masterplan Lehrkräftebildung beinhaltet deshalb eine gezielte Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung. Mit dem „Praxisjahr intensiv“ und der Stärkung von Querschnittsbereichen wie Inklusion und Digitale Bildung richten wir die Ausbildung deutlich stärker an der beruflichen Praxis aus. Wir sichern damit nicht nur die Qualität unseres Schulsystems, sondern sorgen dafür, dass unsere Lehrkräfte ihren Beruf mit Freude, Gesundheit und Erfolg ausüben können.

Mehr **HIER**.

UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

#FotosDerWoche: unser Arbeitskreis 5 auf Informationsreise in Wien

Drei Tage voller Impulse, Austausch und starker Perspektiven in Wien: Vergangene Woche war unser Arbeitskreis 5 auf Informationsreise in der österreichischen Hauptstadt. Zum Auftakt ging es um Entrepreneurship Education an der Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien sowie die Frage: Wie fördern wir unternehmerisches Denken schon in der Schule? Neben einer Führung durch das österreichische Parlament durften wir uns zudem mit der Abgeordneten Fiona Fiedler (NEOS) austauschen. Mehr dazu gibt's HIER.

#MemesDerWoche: Wachstum statt Bürokratie und Belastung!

Bürokratie erstickt Innovation und Investitionen! Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag setzen uns deshalb auf Bundes- und EU-Ebene mit Nachdruck für eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsfreundlichkeit ein – damit Bayern stark bleibt und Deutschland wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt! Denn: Wir müssen weg von Überregulierung und Belastungen hin zu Wachstum, Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit. Was wir konkret fordern, erfahren Sie HIER.

#ReelDerWoche: Finanzkraftausgleich – Solidarität darf nicht zur falsch verstandenen Dauersubvention werden

Allein im Jahr 2025 hat der Freistaat 11,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer überwiesen. Seit Einführung des Systems summieren sich die bayerischen Zahlungen auf astronomische 140 Milliarden Euro! Solidarität in Deutschland ist wichtig – aber sie darf nicht zur falsch verstandenen Dauersubvention werden. Was wir daher in einem Dringlichkeitsantrag fordern, erklärt Euch unser haushaltspolitischer Sprecher Bernhard Pohl HIER im Reel.

#Olympia: München geht als deutscher Austragungsort ins Rennen!

Es steht fest: München wird als deutscher Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044 ins Rennen gehen. Die Landeshauptstadt hat sich im nationalen Wettbewerb mit Köln-Rhein-Ruhr durchgesetzt! Unser Mix aus nachhaltigen, modernen Sportstätten, der langjährigen Erfahrung Münchens als Gastgeber großer Sportevents sowie der Strahlkraft Bayerns und seiner Kultur in der Welt werden ganz sicher auch international überzeugen können. Mehr dazu HIER.

Sie wollen immer auf dem Laufenden bleiben? Folgen Sie uns:

https://www.facebook.com/fwlandtag
https://www.instagram.com/fwlandtag/
https://www.youtube.com/@fwlandtag
https://www.threads.net/fwlandtag
https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social

"Alle in diesem Newsletter verwendeten Bilder und Grafiken sind urheberrechtlich geschützt. © 2026 [FREIE WÄHLER Landtagsfraktion].
Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de